

Warum wir die Unis brauchen

Eine Wifo-Studie beleuchtet die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Effekte der österreichischen Universitäten.

Wien. (ede) Ein in die Universitäten investierter Steuer-Euro rechnet sich für den Staatshaushalt schon nach drei bis fünf Jahren, geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Wertschöpfungsstudie Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) he<u>rvor, die im Auftrag</u> der Universitätenkonferenz (uniko) und des Wissenschaftsministeriums erstellt wurde.

Auf 178 Seiten analysieren die Experten, was Österreichs Unis leisten. So sorgen sie für 110.000 Jobs und zahlen 3,1 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben. Dazu kommen noch positive Effekte durch die höheren Einkommen von Absolventen, Konsumausgaben ausländischer Studenten (28 Prozent von rund 300.000 der Studierenden im Jahr 2015) beziehungsweise durch den allgemeinen Produktivitätsanstieg, für den Universitäten sorgen.

Bedeutende Arbeitgeber an den Standorten

An ihren jeweiligen Standorten sind die Universitäten wichtige Arbeitgeber. In Leoben bietet der Universitätsbetrieb Stellen für neun Prozent der unselbständig Prozent und in Wien vier Prozent.

Wer ein Studium abschließt, hat gute Chancen am Arbeitsmarkt, denn die Nachfrage nach "Wissensarbeitern" steigt. Laut Studie lag die Beschäftigungsquote von Hochschulabsolventen im Jahr 2016 mit 85,2 Prozent um 13,6 Prozentpunkte über der Beschäftigungsquote Österreichs. Die Arbeitslosenquote liegt seit 2013 stabil bei rund vier Prozent und konnte sich damit vom allgemeinen Anstieg von 5,4 Prozent auf 6,1 Prozent abkoppeln.

Universitätsabsolventen stehen auch länger im Berufsleben, betonte uniko-Präsident Oliver Vitouch. Die Beschäftigungsquote von Akademikern in der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren liegt Spitzenreiter bei Kooperationen bei 50 Prozent, während sie im zwischen Unternehmen und Schnitt nur 30 Prozent ausmacht.

Ein Studienabschluss bedeutet neben Jobsicherheit und gutem Einkommen auch ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein. 87 Prozent der Absolventinnen und Absolventen geben an, dass ihr Gesundheitszustand gut oder sogar sehr gut ist. Im Schnitt der Gesamtbevölkerung sind es 70 Pro-

Beschäftigten, in Graz sind es 6,5 zent. Von jenen Menschen, die nur einen Pflichtschulabschluss aufweisen, schätzen nur 53 Prozent ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Bei Lehrabsolventen sind es 68 Prozent, bei Maturanten 83 Prozent.

> Die österreichischen Universitäten bieten

Arbeitsplätze

Was die Studie weiters zutage brachte: Österreich ist in der EU Hochschulen. So Kooperieren 5/ Prozent der Großunternehmen mit Hochschulen, EU-weit sind es 33 Prozent. 86 Prozent der Unternehmen, die sich mit Hochschulen zusammentun, haben Marktneuheiten - Innovationen mit hohem Neuigkeitsgrad – eingeführt. Das ergibt im Gegensatz zu 64 Prozent der Unternehmen, die nicht kooperieren, oder 66 Prozent, die mit anderen Partnern als Hochschulen kooperieren, eine Differenz von 20 bis 22 Prozentpunkten. Der Einsatz von Hochschulabsolventen ist in jungen und innovationsintensiven Unternehmen mit über 13 Prozent fast doppelt so hoch wie in Unternehmen mit geringer Innovationsin-

Finanzielle Dotierung unterdurchschnittlich

3,5 Prozent bis 10 Prozent des Wachstums des österreichischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind auf Forschung und Entwicklung an Universitäten sowie auf die Beschäftigungsverhältnisse Absolventen zurückzuführen.

Trotz der enormen Bedeutung von Universitäten für Wirtschaft und Gesellschaft sei deren finanzielle Dotierung in Österreich derzeit unterdurchschnittlich, zumindest gemessen an den Hochschulausgaben pro Studierendem relativ zu vergleichbaren hoch entwickelten europäischen und internationalen Volkswirtschaften mit führenden Wissenschaftssystemen, heißt es in der Studie. ■

Beschränkungen für Unizugang bedingen soziale Verschiebung

Wien. Nach der Einführung von Zugangsbeschränkungen an den Unis hat sich die soziale Zusammensetzung der Studienanfänger zugunsten bildungsnaher Schichten geändert - allerdings nicht in allen betroffenen Studienrichtungen. Das zeigen erste Resultate eines Forschungsprojekts der Sozioökonomin Katharina Posch (Wirt-<mark>schaftsuniversität/WU</mark>), die am Dienstag präsentiert wurden.

Für ihre Arbeit, deren vorläufige Ergebnisse bei der ersten Tagung des Netzwerks Hochschulforschung Österreich vorgetragen wurden, untersucht Posch die Veränderung der sozialen Zusammensetzung von inländischen Studienanfängern, Studierenden nach einem Jahr sowie - falls verfügbar - Absolventen der Fächer Human- und Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Psychologie, Publizistik, Biologie, Pharmazie sowie der WU-Bachelorstudien Wirtschaftsund Sozialwissenschaften und Wirtschaftsrecht (Letzteres ist nicht zugangsbeschränkt, Anm.).

Unterschieden wurde dabei zwischen zwei Auswahlverfahren: In den drei medizinischen Fächern war jeweils von vornherein klar, dass es eine kompetitive Aufnahmeprüfung gibt. In den anderen Fächern war es durchaus möglich, dass aufgrund einer zu geringen Zahl an Bewerbern keine Aufnahmeprüfung stattfindet.

Zusammenhänge sind noch nicht eindeutig

Dabei zeigte sich, dass in der Human-, Veterinär- und Zahnmedizin seit der Einführung der Aufnahmeverfahren ein höherer Anteil an Akademikerkindern ein Studium beginnt. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Absolventen - allerdings wird in der Humanmedizin der Unterschied der Anteile von Akademiker- und Nicht-Akademikerkindern gegenüber den Anfängern etwas geringer. Es lässt sich vermuten, dass die soziale Selektivität während des Studiums zwar weniger stark ist als zuvor (ohne Auswahlverfahren), aber die stärkere Selektion vor dem Studium nicht "ausgleicht". In den anderen zugangsbeschränkten Fächern (und Wirtschaftsrecht) zeigten sich keine oder kaum Veränderungen bei der Zusammensetzung der inländischen Anfänger.

Für Posch sind die genauen zusammenhänge noch nicht eindeutig. Genauer geklärt werden müsse zum Beispiel, ob die Unterschiede zwischen den medizinischen Fächern und den anderen Studienrichtungen durch die "Prestigeträchtigkeit" der jeweiligen Ausbildung oder etwa die Selektivität des Verfahrens bedingt sind. ■

Öffentliche Aufträge mit einem Klick.

Der Online-Service für die freie Wirtschaft. Ihr Auftrag ist unser Erfolg.

Das Bieterportal auftrag.at enthält alle öffentlichen EU-weiten-, Bundes- und Landesausschreibungen. Sie suchen Ausschreibungen einer bestimmten Branche? Einfach anklicken und täglich automatisiert alle Ausschreibungen auf Ihren PC oder auf Ihr mobiles Gerät erhalten.

www.auftrag.at

